

# Breslauer



Mittagblatt.

Mittwoch den 28. Januar 1857.

Nr. 46.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 27. Januar. Die Prinzessin Lieven ist gestorben. Die „Revue de Paris“ ist wegen eines Artikels gegen den König von Preußen auf einen Monat suspendiert. „Pays“ ist zu der Erklärung autorisiert, daß die Russen den 1. Februar Bolgrad verlassen werden.

Paris, 27. Jan. Der heutige „Moniteur“ teilt mit, daß der Kriegsdampfer „Duchayla“ nach den neapolitanischen Häfen abgegangen sei. — Hier eingetroffene Nachrichten aus Madrid melden, daß die Wahlen am 25. März stattfinden werden.

Paris, 27. Januar, Nachm. 3 Uhr. Die 3pGt. begann zu 67, 65 und mit in träge Haltung auf Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93% eingetroffen. Schluss-Course:

3pGt. Rente 67, 55. 4½ pGt. Rente 94. — Credit-Mobilier-Aktien 1355. 3pGt. Spanier 37. 1pGt. Spanier 23%. Silber-Anleihe 88½. Dörfert.

Staats-Eisenbahn-Aktien 757. Lombard. Eisenbahn-Aktien 657.

London, 27. Januar, Nachm. 3 Uhr. Silber 62%. Consols 93%. 1pGt. Spanier 23%. Merikaner 21½. Sardiner 89%. 5pGt. Russen 107½. 4½ pGt. Russen 90. Hamburg 3 Monat 13 M. 6% Sch.

Wien, 27. Januar, Mittags 12½ Uhr. Fonds stark begehrt, Loope höher, Baluten offener.

Silber-Anleihe 90. 5pGt. Metalliques 83 4½ pGt. Metalliques 72%. Bank-Aktien 1028. Bank-Inter.-Scheine. Nordbahn 228.

1854er Loos 109%. National-An. 85%. Staats-Eisenbahn-Aktien 242.

Credit-Aktien 292. London 10, 14. Hamburg 78. Paris 122.

Gold 8%. Silber 5%. Elisabethbahn 100%. Lombardische Eisenbahn 126.

Theaterbahn 100%. Centralbahn 100%.

Franfurt a. M., 27. Januar, Nachmittags 2 Uhr. Österreich.

Fonds steigend, 4½ pGt. Preuß. Anleihe beliebt. Schluss-Course:

Wiener Wechsel 113. 5pGt. Metalliques 78%. 4½ pGt. Metalliques

69%. 1854er Loos 102%. Dörfert. National-Anleihe 80%. Dörfert.

Frans. Staats-Eisenbahn-Aktien 272½. Dörfert. Bank-Antheile 1156.

Dörfert. Credit-Aktien 184. Dörfert. Elisabetbahn 199½. Rhein-Nahe-

Bahn 92½.

Hamburg, 27. Januar, Nachm. 2½ Uhr. Börse matt bei schwachem Geschäft. Schluss-Course:

Österreich. Loos —. Österreich. Credit-Aktien 147. Österreichische Eisenbahn —. Bvereinsbank 101. Norddeutsche Bank 97½. Wien 79%.

Hamburg, 27. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen sehr stau; Preis nominell bei nur geringem Detail-Geschäft. Del loco 31%, pr. Frühjahr 32%, pr. Herbst 30. Kaffee fest bei geringem Umsatz.

London, 27. Januar. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz.

Markt sehr fest.

## Telegraphische Nachrichten.

Köln, 27. Januar, 11 Uhr 15 Minuten Vormittags. Eben hier eingetroffene Nachrichten melden, daß der Discontosag in Holland auf 5 pGt. erniedrigt worden ist.

Marseille, 24. Januar. Nach den jüngsten Berichten aus Neapel, hat König Ferdinand das Unternehmen der Gas-Beleuchtung Palermos der französischen Gesellschaft von Targoni überlassen. — Man spricht von einer Amnestie aus Anlaß der Niederkunft der Königin. Der Papst bewilligte 55,000 Fr. aus seiner Privat-Kasse, um den Brodtlosen beim Straßenbau Erwerb zu verschaffen.

Madrid, 24. Januar. Die Krankheit der Königin ist im Abnehmen. Dem „Diario Español“ zufolge ist die Reise der Königin nach Andalusien beschlossen. Marschall Narvaez wird sie begleiten. (B. B. 3.)

Kopenhagen, 26. Jan. „Nyheden“ widerspricht der Nachricht von einer bereits erfolgten Antwort auf die deutschen Noten. Die Antwort auf dieselben wird in zwei Wochen erfolgen. Nach demselben Blatte werden die Sundzollkonferenzen, die seit längerer Zeit unterbrochen, erst Mitte April zum Abschluß gebracht werden können.

## Preußen.

### Q. Haus der Abgeordneten.

11. Sitzung am 27. Januar.

Am Ministerialthe: Simons, Graf Waldersee, v. Westphalen, v. d. Heydt.

Präf. Graf zu Guelenburg eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Nach Vorlesung des Protolls der vorigen Sitzung, führt die Tagesordnung zunächst zu Wahlprüfungen, und dann zur Bereitigung sieben neuer Mitglieder des Hauses auf die Verfaßung.

Hierauf wird die in voriger Sitzung vertagte Diskussion über das Gesetz, betreffend das unerlaubte Kreditgeben an Minderjährige, und zwar zunächst über § 2 wieder aufgenommen.

Dieser stellt fest, daß die im § 1 für Mißbrauch des Leichtfinns und der Unerfahrenheit Minderjähriger zum Kreditgeben unter irgend einer Form normierte Strafe von 3 Monaten bis zu einem Jahre oder 50 bis 1000 Thlr. Strafe, Denjenigen treffen soll, der sich die Erfüllung der erwähnten Verpflichtung Minderjähriger gegen Verpfändung der Ehre versprechen läßt. Die Kommission beantragt die Annahme dieses § in etwas veränderter Fassung.

§ 3 bestimmt, daß die Schuld der erwähnten Vergehen durch den Einwand, die Minderjährigkeit nicht bekannt zu haben, nicht gehoben werde.

Die Kommission fügt dem hinzu, daß „aber der Nachweis solcher Umstände, unter welchen der Minderjährige als großjährig betrachtet werden könnte“, von der festgesetzten Strafe befreie.

Endlich beantragt die Kommission die Annahme eines von ihr formulierten § 4, nach welchem „aus Geschäfte mit solchen Minderjährigen, welche nicht mehr unter väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehen, das Gesetz keine Anwendung findet.“

Die Abg. v. Keller, Ziegler, Jüngel, Beughem und Fleck haben zu § 2 Amendements gestellt, welchen gegenüber der Referent, Hr. v. Grävenitz, die Fassung dieses § nach dem Kommissions-Antrage vertritt.

Abg. Reichsberger sucht nachzuweisen, daß der § 2 überflüssig sei, da der § 1 vollständig jeder Anforderung genüge, die an ein Gesetz wie das vorliegende, gemacht werden könne. Abg. Fleck will im § 2 den Passus wegen Verpfändung der Ehre, unter Hinweis auf den Inhalt des § 1, gestrichen haben.

Justiz-Minister erklärt sich mit dem § 2 nach dem Kommissions-Antrage einverstanden, räumt auch ein, daß das Amendement v. Keller mit der Vorlage im Wesentlichen übereinstimme, entscheidet sich aber gegen die Amendements von Beughem, das die Nichtbezüglichkeit des gegenwärtigen Gesetzes auf Minoren ausspricht, und von Jüngel, der § 2 noch einmal in die Kommission verwiesen wissen will, eventuell eine andere Fassung beantragt.

Nachdem noch der Abg. Molinari für die Vorlage und Abg. Jüngel für sein Amendement kurz sich geäußert, wird in der folgenden Abstimmung § 2 nach dem Kommissions-Vorschlage, mit dem Amendement v. Keller, welches die „Verpfändung der Ehre“ mehr präzisiert, angenommen. Zu dem § 3 hat der Abg. Ziegler ein

Amendement eingebracht, das dem Zusatz der Kommission entspricht.

Während der Abg. Marcard sich für die größte, durch das vorliegende Gesetz zulässige Strenge entscheidet, die Abg. Rhode, Wenzel und v. Gerlach aber für die Annahme mildernder Umstände, nach den Vorschlägen der Kommission oder des Abg. Ziegler, sprechen, befürwortet der Justiz-Minister die Annahme des § 3 nach der Vorlage.

In der folgenden Abstimmung wird § 3 mit dem Amendement des Abg. Ziegler angenommen, durch welches, je nach den mildernden Umständen, mit einer Gefangenstrafe von einer Woche begonnen werden kann.

§ 4 nach dem Antrage der Kommission wird hierauf ohne jede Diskussion angenommen.

Der letzten Gegenstand der Tages-Ordnung bildet der Bericht der Justiz-Kommission über einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung der im Allg. Landrecht Thl. II. Tit. 5 § 198 und folgende enthaltenen Bestimmungen über Sklaven.

Dieser Entwurf lautet: § 1. Sklaven werden von dem Augenblick an, wo sie preußisches Gebiet betreten, frei. Das Eigentumrecht des Herrn ist von diesem Augenblick an erloschen. § 2. Alle diesen Vorschriften entgegenstehende Bestimmungen, insbesondere die §§ 198 bis 206 Thl. II. Tit. 5 des Allg. Landrechts werden hiermit aufgehoben.

Die Kommission führt in ihrem Berichte des Nächeren aus, daß dem früheren Standpunkte der Wissenschaft und der allgemeinen Bildung entsprechend, auch die älteren Rechtslehrer die Knechtschaft und Sklaverei als naturrechtlich begründet erkannten; daß aber die vorgebrachte Bildung und die christliche Anschauung der Gegenwart dem entchieden entgegentrete, daher denn auch die Kommission die unveränderte Annahme des Gesetzes dem Hause empfiehlt.

Abg. Ziegler wünscht auch der Leibeigenen in dem vorliegenden Gesetze gedacht, wogegen sich die Abg. Wagner und Marcard und der Justiz-Minister entscheiden. Auch der Abg. v. Malinkrodt bringt ein Amendement ein, nach welchem hinter das Wort „Sklaverei“ die Worte gesetzt werden: „und die Ausübung irgend einer sich darauf beziehenden Gewalt.“

Nachdem die Abg. v. Gerlach und v. Malinkrodt für des Letzteren Antrag, der Justiz-Minister und die Abg. Marcard und Wenzel für die Regierungsvorlage sich ausgesprochen, werden die beiden Paragraphen derselben nach der Vorlage angenommen, mit Hinzufügung eines vom Abg. Bode noch zu § 2 beantragten Allegates.

Schluss der Sitzung: 3½ Uhr.

Nächste Sitzung: am 3. Februar.

Berlin, 27. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruhet: Den Professor am Joachimsthalschen Gymnasium in Berlin Dr. Wilhelm Giesebricht, zum ordentlichen Professor der Geschichte in der philosophischen Fakultät der Universität Königsberg zu ernennen. — Der bisherige Eisenbahn-Betriebs-Inspektor bei der königlichen Ostbahn Carl Friedrich Moritz Ludewig ist zum königlichen Eisenbahn-Ober-Betriebs-Inspektor ernannt, und demselben die etatsmäßige Stelle eines solchen bei der gedachten Bahn verliehen worden. — Seine Majestät der König haben allergnädigst geruhet: Dem Oberbaurath Langhans zu Berlin, die Erlaubnis zur Anlegung des ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes zweiter Klasse vom herzoglich anhaltischen Gesamt-Haus-Orden Albrecht des Bären zu ertheilen.

P. C. [Der Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Aktiengesellschaften im Stempel-Interesse.] Der dem Landtag vorgelegte Gesetzentwurf, welcher die Aktien- und ähnlichen Gesellschaften einer Revision im Stempelinteresse zu unterwerfen beabsichtigt, hat in öffentlichen Blättern mancherlei Missdeutungen erfahren. Eine eingehendere Besprechung derselben dürfte erlauben, um jedem unbefangenen Urtheil zu überzeugen, daß die angeregten Besorgnisse durchaus ungegründet sind.

Der erwähnte Gesetzentwurf steht mit den Steuervorlagen in keiner direkten Verbindung und ist vielmehr nur dazu bestimmt, ein durch Veränderung der Verlehrungsverhältnisse hervorgetretenes wirkliches Bedürfnis zu befriedigen. Das Stempelgesetz vom 7. März 1822 beruht bekanntlich auf dem Prinzip der Selbstbesteuerung. Die Behörden haben zu den von ihnen aufgenommenen Urkunden, und die Privatpersonen zu den von ihnen ohne Mitwirkung der Behörden verfaßten Schriftstücken das gesetzlich erforderliche Stempelpapier nach eigener Prüfung zu verwenden. Weil aber die Stempelsteuer in zahlreichen Fällen nicht von dem Betrage des Gegenstandes, sondern von der rechtlichen Bedeutung des Geschäfts abhängt, so ist ihre Erfüllung besonders schwierig. Deshalb sind besondere Beamte, Stempelbeamte, angestellt, um die richtige und gleichmäßige Anwendung des Stempelgesetzes zu überwachen, und die Ergebnisse der Tätigkeit dieser Beamten liefern darüber keinen Zweifel, daß die Stempelsteuer mit dem in Preußen geltenden in vielen andern Staaten aber nicht zugelassenen Prinzipie der Selbstbesteuerung nicht zu halten wäre, wenn diesem Prinzip nicht in der von den Stempel-Fiskalen ausgeübten Kontrolle das richtige Korrektionsmittel beigegeben wäre. Die wesentliche Funktion der Stempel-Fiskale besteht in der Durchsicht der Verhandlungen der Behörden und Notare. Privatpersonen können nach dem Stempelgesetz nur dann von den Stempelfiskalen aufgesfordert werden, sich über die gehörige Erfüllung der Stempelpflichten auszuweisen, wenn erhebliche Gründe vorhanden sind, diese Erfüllung zu bezweifeln. Die Papiere der Privatpersonen sind also in der Regel von der Durchsicht der Stempelfiskale ausgeschlossen, und zwar schon deshalb, weil

ganz abgesehen davon, daß man nicht in Privatgeheimnisse dringen wollte, diese Durchsicht an sich fast unausführbar ist. Denn während bei den Behörden die gepflogenen Verhandlungen sich in bestimmten Räumen geordnet vorfinden, und aus denselben nach den zu führenden Register und Journalen diejenigen leicht aufzufinden werden können, in welchen sich stempelpflichtige Verhandlungen finden müssen, würde bei Privatpersonen nur förmliche Hausforschung zu diesem Ziele führen, von der ohne den Verdacht einer begangenen Stempelstrafe nicht die Rede sein kann.

Wen zur Zeit des Erlasses des Stempelgesetzes vom Jahre 1822 die wichtigsten stempelpflichtigen Geschäfte von Behörden und Beamten abgeschlossen wurden, deren Verhandlungen den Stempelfiskalen jederzeit zur Revision zugänglich waren, so findet sich neuerdings das Stempel-Interesse sehr wesentlich bei den Aktien- und Kommandit-Gesellschaften beteiligt, welche sich so zahlreich zur Ausbeutung gewerblicher Unternehmungen gebildet haben. Bei solchen Gesellschaften sind die für Privatpersonen geltenden Richtlinien nicht maßgebend. Ihre Vorstände sind bei der Verwaltung ohne eigenliches persönliches Interesse, oder es ist doch ebenso entfernt, wie etwa bei den Vorständen einer Kommune. Von einem Eindringen in persönliche Verhältnisse oder Geheimnisse kann deshalb bei Aktiengesellschaften nicht die Rede sein. Nebriges entspricht ihre Einrichtung vollständig denjenigen bei Behörden; ihre Verhandlungen sind in derselben Weise geordnet und durch Journal und Register zu verfolgen. Indem für den Stempelfiskal die Befugnis verlangt wird, die Verhandlungen der Aktiengesellschaften im Stempelinteresse einzusehen, handelt es sich mithin nicht darum, das bisherige Prinzip zu durchbrechen, sondern dasselbe weiterhin zur Geltung und mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Unterstehend ist dabei das Moment, daß die Aktien-Gesellschaften einen großen Theil der bürgerlichen Geschäfte absorbieren, und daß sie nicht, wie Privatpersonen, auf richterliche oder notarielle Mithilfe verzichten.

Wenn man fürchtet, daß durch die Revision der Stempelfiskale den Aktiengesellschaften bedenkliche Unbequemlichkeiten erwachsen werden, so beruht diese Furcht auf Unkenntnis des Verfahrens der Stempelfiskale. Nur diejenigen Akten werden von denselben der Regel nach eingesehen, welche abgeschlossene Geschäfte enthalten, nicht solche, welche noch in der Verhandlung begriffen sind. Eine solche Einsicht ist in wenigen Stunden um so leichter bewirkt, als sie überdies nur auf Akten befristet, in welchen stempelpflichtige Verhandlungen mit Wahrscheinlichkeit zu vermuten sind. Von einer Störung der Geschäftsführung durch diese Einsicht kann deshalb nicht die Rede sein.

Da wohl kaum eine Aktiengesellschaft existiren mag, deren Vorstände den gesuchten Stempel wesentlich hinterziehen, so dürfen die letzteren kaum einen Grund zur Beschwerde darin finden, daß durch die Revision der Stempelfiskale der gesuchte Stempel zur Hebung gelangt. Als das einzige Bedenken könnte allenfalls nur die Befürchtung erachtet werden, daß die Stempelfiskale wegen jedes fehlenden Stempels auch Strafen beantragen werden. Man verkennt aber die Absicht des Gesetzes vollständig, wenn man annimmt, daß die lege den Gesellschaftern eine besondere schwere Verantwortlichkeit auf und mache dieselben zu „Organen des Stempelfiskals.“ Die Vorlage beweist in dieser Beziehung vielmehr nur die Begünstigung der Gesellschaftsvorstände und zwar in einem Grade, dessen richtige Auffassung diese Vorstände veranlassen dürfte, das Gesetz als ein sehr erträgliches zu begreifen. Zweit verfallen die Gesellschaftsvorstände in die volle Defraudationsstrafe, wenn sie aus Unkunde oder Nachlässigkeit den gesuchten Stempel verfehlten, und dieselbe Strafe trifft die Privatpersonen, welche mit ihnen kontrahirt haben. Der Gesetzentwurf geht dagegen von der Voraussetzung aus, daß die Privatpersonen, welche mit solcher Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, sich auf die Geschäftsstunde und die äußerlich hervorragende Stellung der Gesellschaftsvorstände hinsichtlich der durch das Gesetz bedingten Verpflichtungen verlassen, und entbindet dieselben von jeder Haftung für Stempelstrafe; dann aber nimmt er auch an, daß die Gesellschaftsvorstände in der Regel ohne persönliches Interesse beim Abschluß von Verträgen zu sind, und schließt deshalb für diese Vorstände die ordentliche Stempelstrafe aus. Um völliger Gleichgültigkeit für das Stempelinteresse vorzubeugen, sind für Unterlassung des gesuchten Stempelverbrauchs diejenigen mäßigen Ordensstrafen angeordnet, welche in dem gleichen Falle auch Staatsbeamte zu tragen haben. Diese härter als Gesellschaftsvorstände zu behandeln, wäre ebenso unzulässig, als ungerecht gewesen. Wenn es jedoch jedem Geschäftserfahrenen bekannt ist, daß Staatsbeamte von vergleichbaren Strafen in überaus seltenen Fällen betroffen werden, da es der Finanzverwaltung bei solchen Revisionen vielmehr nur auf die Sicherung der gesuchten Stempelsteuer ankommt, so ergibt sich, daß jene Strafandrohung nur eine Handhabe enthält, welche vor oft wiederholte, gräßliche Nachlässigkeit berechnet ist, deren Gebrauch aber umso weniger Besorgniß erregen darf, als nicht die Steuerbehörde die Strafen festzusetzen hat, welche von den Stempelfiskalen beantragt werden möchten.

3. Posen, 25. Januar. Der hier seit längren Jahren bestehende Verein für Handelsg-Diener, der zufolge eines vor wenigen Tagen gefassten General-Versammlungs-Beschusses statt des bisher geführten Kollektivums die Firma „Verein junger Kaufleute“ angenommen, schreitet in erfreulicher Weise fort, seine Aufgabe erfolgreich zu erfüllen, welches günstige Ergebnis der jetzt erschienene neueste Jahresbericht nachweist. Der Verein unter dem Protektorat des Herrn Geheimen Ober-Regierungsraths, Oberbürgermeister Naumann, wirkt recht

Ihre Glückwünsche zur Feier Meines militärischen Dienstjubiläums habe Ich als einen Beweis Ihrer treuen Anhänglichkeit gern entgegen genommen und sage Ihnen dafür Meinen aufrichtigen Dank.

Berlin, den 8. Januar 1857.  
(gez.) Prinz von Preußen."

An Herrn S. Kantorowicz zu Posen.  
C. Kawitsch, 26. Januar. [Dekorationen. — Straßenbeleuchtung.] In der preußischen Armee gibt es nur noch fünf Offiziere, welche im Kriege von 1805—1806 für Tapferkeit den Orden pour le mérite erhielten. Zu diesen gehört der hier lebende Rittmeister A. D. Baron v. Siegloth, ein noch sehr tüchtiger Greis, der gestern die von Sr. Majestät verliehene Krone zu dem Orden von der General-Ordens-Kommission zugeladen erhielt. — Außer diesem vaterländischen Krieger sind bei der diesmaligen Ordensverleihung zwei recht verdienstvolle Männer unserer Stadt, der Kreis-Gerichts-Rath Eitner und der Kreis-Gerichts-Vize-Schulz ausgezeichnet worden. Ersterer seit dem Befreiungskriege dem Staatsdienste mit starker Gewissenhaftigkeit ergeben, erhielt den rothen Adlerorden vierter Klasse, letzterer durch 44jährige Dienstzeit bewährt, das allgemeine Ehrenzeichen.

Nachdem fast überall in unserer Stadt für genügende Straßenbeleuchtung gesorgt ist, sind nunmehr auch außerhalb der Stadt auf der Passage nach dem Bahnhofe neue Laternen angebracht worden. Die Zahl sämtlicher aus Kommunalmitteln angeschafften Laternen beträgt hierorts 31.

### Deutschland.

Frankfurt, 24. Jan. In der Bundesstags-Sitzung vom 22. d. Ms. (wie schon telegraphisch gemeldet ist)theilte der königlich preußische Gesandte mit, daß, nachdem von den eidgenössischen Behörden zu Bern die bedingungslose Freigabe der neuenburger Gefangenen beschlossen und vollzogen worden sei, Se. Majestät der König von Preußen nunmehr bereit seien, über die fernere Gestaltung der politischen Beziehungen des Fürstenthums Neuenburg in Verhandlungen zu treten, wobei Se. Majestät sich von denselben versöhnlichen Sinne würden leiten lassen, welcher Allerhöchstes bisheriges Verhalten in der fraglichen Angelegenheit charakterisiert hat. Gleichzeitig war der Gesandte beauftragt, sowohl der hohen Bundesversammlung als auch den einzelnen Regierungen für die namentlich in Bezug auf den Durchmarsch der preußischen Truppen betätigten bundesfreundliche Gestaltung wiederholt den Dank der königlichen Regierung auszusprechen. — Der königlich dänische Gesandte für Holstein und Lauenburg zeigte an, daß der bisherige königliche Militär-Bevollmächtigte, Oberst v. Bülow, zu einer anderen dienstlichen Verwendung berufen, und daß der königlich hannoversche Bevollmächtigte zur Stimmführung in der Militärmmission für das 10. Armeecorps substituiert worden sei. — Zum Dienstgebrauch für die Militärmmission wurden Notizen über die in mehreren Bundesländern bestehenden Eisenbahnen und Standesausweise von Kontingenten des Bundesheeres überreicht. — Die großherzoglich luxemburgische Regierung ließ anzeigen, daß sie, dem durch Beschluss vom 11. Dezember v. J. gestellten Ansuchen entsprechend, das zur Herstellung eines bombensicheren Lazareths in Luxemburg erforderliche Grundstück von Einregistrierungs- und anderen in die Staatskasse fließenden Abgaben freigegeben habe, und es nahm die Versammlung diese Anzeige unter Bezeugung des Dankes an die großherzogliche Regierung zur Kenntnis. — Ferner wurden noch die erfolgte Einzahlung eines Beitrages zur Unterstützung der Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde und die Entsendung von Sachverständigen in die zur Entfernung eines allgemeinen Handelsgesetzbuches nach Nürnberg berufene Kommission angezeigt. — Endlich erstattete der Ausschuss für Militär-Angelegenheiten Vorträge über die Rechnungen des Festungsbaues zu Ulm und der Artillerie-Ausrüstung der gedachten Festung in den Jahren 1850 und 1851 und beziehungsweise 1854, und es genehmigte die Versammlung die definitive Bescheidung dieser Rechnungen. (Fr. Bl.)

### Frankreich.

Paris, 25. Januar. Der „Moniteur“ berichtet: Se. Excellenz Feruk Khan, persischer Botschafter, hatte die Ehre, gestern vom Kaiser in öffentlicher Audienz im Thronsaale empfangen zu werden und demselben die Schreiben zu überreichen, die ihn bei Sr. Majestät beglaubigen. Se. Excellenz wurde gleichzeitig von der Kaiserin empfangen. Ihre Majestäten waren von ihrem ganzen Hofstaat umgeben. Der Minister des Auswärtigen wohnte der Audienz bei. Der Botschafter hielt nachstehende Anrede an den Kaiser:

Sire! Da die Freundschafts-Verhältnisse, die seit lange zwischen Frankreich und Persien bestehen, bei einem kürzlich stattgehabten Anlaß von neuem befestigt worden sind, so bin ich auf Befehl Sr. Majestät des größtmächtigen Schahs von Iran, meines erlauchten Souveräns und Wohlthüters, beauftragt worden, Ew. Kaiserlichen Majestät die Grüße und Glückwünsche meines Souveräns zu überbringen. Es ist ein Glück für mich, daß meine Sendung in eine Zeit fiel, wo Frankreich von so vielen Wohlthaten des Himmels überhäuft ist; ich meine zuerst die glorreiche Gelangung Ew. Kaiserlichen Majestät auf den Thron von Frankreich; sodann, Sire, die Geburt Seiner Kaiserlichen Hoheit, des Erben Ihrer Krone, ein Ereignis, das eine Bürgschaft für die Dauer der Dynastie Ew. Majestät, und ein Gegenstand der Freude für alle Franzosen und für alle Freunde Frankreichs ist; ferner den Abschluß des Friedens zwischen den verbündeten Mächten und Ausland in eben dieser Hauptstadt von Frankreich. Überdies Sire, betrete ich Frankreich nach dem Abschluß eines Vertrages zwischen Persien und dem mächtigen Kaiserreich Frankreich, — eine Thatfache, die stets Gegenstand der Hoffnungen und Wünsche beider Staaten gewesen war, ein Ziel, worauf die Bemühungen der Regierungen und der Souveräne beider Länder hinarbeiten, und welches heute sich erreicht findet unter dem Besteande Gottes, gemäß dem innigen Wünche der erlauchten Souveräne von Frankreich und Iran.

Der Kaiser antwortete:

Herr Botschafter! Ich fühle mich glücklich, daß Ihr Souverän Sie beauftragt hat, mir seine Glückwünsche darzubringen. Als der Krieg im Orient ausbrach, habe ich mit Vergnügen unsere alten Beziehungen mit Persien wieder anzutunken gesucht, und seine Neutralität ist für uns nicht ohne Nutzen gewesen. Heute freue ich mich des zwischen unseren beiden Ländern abgeschlossenen Handels-Vertrages; denn gut eingerichtete Handels-Beziehungen befestigen stets die Freundschaft der Völker. Mit Schmerz habe ich von dem Kriege vernommen, der zwischen Ihnen und einem meiner innigsten Bundesgenossen ausgetragen ist; ich hege jedoch den aufrichtigen Wunsch, daß Ihre Mission nach diesem Theile der Welt die Wiederkehr eines dauerhaften Friedens beschleunigen möge. Ich danke Ihnen für die schmeichelhaften Ausserungen, die Sie bezüglich Frankreichs, bezüglich des kaiserlichen Prinzen an mich richten, und ich bitte Sie, an mein volles Wahlwollen für Sie zu glauben.

Nachdem Feruk Khan den Majestäten die Personen seines Gefolges vorgestellt hatte, überreichte er im Namen und von Seiten seines Souveräns dem Kaiser den königlichen Orden von Persien und Geschenke für die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen.

Die Geschenke, die Feruk Khan gestern dem Kaiser überreichte, bestehen aus einer prächtigen Ordens-Dekoration des Löwen und der Sonne in Brillanten, einer Perlen-Halskette und einem reich verzierten Säbel für den kaiserlichen Prinzen. Außerdem hat Feruk Khan vier Tschek-Pferde mitgebracht. Tschek ist der Name eines durch die Schönheit seiner Pferde bekannten Stammes. — Man liest im „Courrier de Lyon“ vom 23. Januar: „Gestern Abends drängte sich am Bahnhofe eine Menge Neugieriger um ein altes, mit Wunden bedecktes, hinkendes Kameel, das in eine reiche morgenländische Decke gehüllt war. Unter der Leitung eines Sergeanten der afrikanischen Jäger, von zwei jungen Arabern in Burnussen geführt, war es Gegenstand der sorgfältigsten Aufmerksamkeit. An einem Tage mit Abd-el-Kader geboren, teilte dieses Thier alle Schicksale des Emirs und trug ihn in die Gebirge, als er noch Kind war. In einem Treffen mit den Franzosen

mit Wunden bedeckt, verdankten diesem Kameel Abd-el-Kader und seine zwei begünstigsten Weiber ihr Leben. Deshalb wollte auch der Emir sich nie von diesem treuen Thiere trennen. Da er es aber nun, trotz aller Sorgfalt, hinfällig werden sieht, so schickt er es nach Paris, um es dort von den ersten Veterinär-Arzten behandeln zu lassen. Mit seinem Führer von Brusca abgereist, begiebt sich das Thier in kleinen Tagereisen dahin.“

Breslau, 28. Januar. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Von dem verschloßenen Bodenraum des Hospitals zu Allerheiligen, 1 schwarzeschildner Kleid ohne Taille, 1 schwarzeschildner Frauen-Oberrock, Wert 10 Thlr., und 2 zinnne Portionstopfe. Karlsstraße Nr. 28 aus unverschlossener Kutsche 1 messingner Mörser.

Es sind hierorts 6 Stück Gänse polizeilich mit Beschlag belegt worden, welche angeblich in der vorangegangenen Nacht einem unbekannten Bewohner zu Leuthen, Kreis Neumarkt, aus dessen Gehöft entwendet worden sein sollen.

Gefunden wurde: Eine mit 26 Sgr. versehene Geldbörse.

Angelkommen: Oberst v. Rehbinder aus Petersburg. Königl. dänischer Konsul Lindberg aus Danzig. Staatsrath v. Potanoff aus Warschau. Frau v. Potanoff aus Warschau. (Pol. Bl.)

\* Die allerh. Oder vom 18. Dec. 1854, durch welche des Königs Maj. die Minister des Innern und der Finanzen ermächtigen, unter bestimmten Modalitäten die Ausfuhr von Pferden zu unterlassen, ist vor Kurzem von einem preußischen Gerichte als gesetzlich unverbindlich angefochten worden, weil sie nicht durch die Gesetzmahlung publicirt worden ist, und die Ministerien nach Art. 8, 62 und 106 der Verfassungsurkunde zum Erlaß einer bindenden Strafvorschrift nur durch ein Gesetz hätten ermächtigt werden können. Nachdem das Appellationsgericht auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft diese Entscheidung reprobiert hat, ist dies auch durch Erkenntnis des Obertribunals auf die Richtigkeitsbeschwerde des wegen Verlegung des Ausfuhrverbots Berurtheilten getheilt. Nach der Ansicht des höchsten Gerichtshofes ist dem Erfordernis der Verfassungsurkunde dadurch genügt, daß das Zollstraßgesetz vom 23. Jan. 1853 bereits die Übertretung eines in administrativem Wege erlassenen Ausfuhrverbots hypothetisch mit Strafe bedroht, und daß überhaupt der Erlaß solcher Verbote aus polizeilichen Rücksichten durch einen Akt der vollziehenden Gewalt erfolgen könnte.

Berlin, 27. Januar. Der Charakter des Geschäfts blieb wesentlich derselbe wie gestern.

In das Detail des Geschäfts eingehend, hatten unter den Bank- und Kreditbank-Papieren die Aktien der darmstädter Bank heute wohl auch schon deshalb das beliebteste Geschäft, weil die Anstrengungen der Anstalt selbst, den Cours hoch zu erhalten, in den Deckungsbedürfnissen der Contremarksame Unterstüzung finden. Bemerkenswert ist übrigens, daß eine Steigerung des Courses nicht erzielt wurde. Es soll uns indeß nicht überraschen, wenn von einer Seite behauptet würde, es sei auch 128 bezahlt worden, während man von anderen Seiten vielleicht schon nicht geneigt sein möchte, den Cours von 127 $\frac{1}{2}$  als einen reelen zugezugeben. Der Berichterstatter kann nicht mehr thun, als nach gewissenhafter Prüfung, wie sie nur dem unbefangenen, unbeteiligten Beobachter möglich ist, referiren. Mit den Berechtigungsscheinen verhält es sich genau eben so. Wir haben nur zu 125 $\frac{1}{2}$  126 handeln sehen; von anderen Seiten verichert man uns, es sei bis 127 bezahlt worden. Disconto-Kommandit-Anteile hatten auch heute nur einen sehr beschränkten Verkehr und behaupteten kaum mehr den gestiegenen Cours von 117 $\frac{1}{2}$ ; nur zu 117 $\frac{1}{4}$  war zuletzt noch einige, doch nicht eben zu lebhafte Nachfrage. Anteile neuer Emission gingen zu 118 um. Defizitär wurden hauptsächlich zu 97 $\frac{1}{2}$  gehandelt, später wurde auch 98 bezw. 99 bezw. 100 bezw. 101 $\frac{1}{2}$  verlangt, doch blieben sie dazu eher zu haben. Einen viel verbreiteten Cours von 98 $\frac{1}{2}$  konnten wir nicht anerkennen. Von Provinzial-Bank-Papieren waren Anteile des Schlesischen Bankvereins in namhafterem Verkehr mit einer Steigerung von 4%. — Für österr. Credit-Bank-Aktien bewilligte man schon zu Anfang nicht den gestiegenen Anfangscours, der sich indeß sehr bald um 1 $\frac{1}{2}$ % erhöhte. Für preuß. Bank-Anteile zeigte sich nur zum gestrigen Course Begehr; es fanden sich jedoch nur zu 1% höher Abgeber.

Der Verkehr in den Eisenbahn-Aktien giebt kaum zu einer eingehenderen Berichterstattung Anlaß. Derselbe war außerordentlich matt, die Coursbewegung träge, und nur wenige Effekte traten bemerkbar hervor. Köln-Mindener hatten, wohl in Nachwirkung der heute bekannt gewordenen ansehnlichen Mehreinnahme, den belebtesten Umfang und wurde anfänglich 1 $\frac{1}{2}$  später 1% mehr bemüßigt. Auch Berlin-Hamburger waren in Folge größerer Kaufaufträge gefragt und wurden zuletzt  $\frac{1}{2}$  höher bezahlt. Die schlesischen Bahnen gingen dagegen sämtlich rückwärts, bei schwachem Verkehr: Koseler anfänglich um 2, zuletzt sogar um 3%. Jüngste Freiburger blieben noch immer um  $\frac{1}{2}$  zurück, Oberschlesische A. 1 $\frac{1}{2}$ , B. und C. 1 $\frac{1}{2}$ . Für Oppeln-Tarnowis zeigte sich nur zu einem um  $\frac{1}{2}$ % herabgesetzten Course Frage. Von anderen erfuhren Stettiner einen Rückgang von 2 $\frac{1}{2}$ %, Breslauer um  $\frac{1}{2}$ %, Ludwigsh.-Bebacher um 1 $\frac{1}{2}$ %, Magdeburg-Halberst. um 201 G., Magdeburg-Wittenberge 48 bz. Mainz-Ludwigshafen 4, Mecklenburg 4, Münster-Hamm 4, Neustadt-Wiesensee 4, Bremen 29 B.

König-Mindener 3 $\frac{1}{2}$  154 $\frac{1}{2}$  a 1 $\frac{1}{2}$  b. u. B.

dito Prior. 4 100 $\frac{1}{2}$  G.

dito II. Em. 5 102 $\frac{1}{2}$  G.

dito III. Em. 4 164 $\frac{1}{2}$  G.

dito IV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  b. b.

dito V. Em. 4 89 $\frac{1}{2}$  G.

dito VI. Em. 4 89 $\frac{1}{2}$  G.

dito VII. Em. 4 117 $\frac{1}{2}$  a 111 b.

dito VIII. Em. 4 100 $\frac{1}{2}$  G.

dito IX. Em. 4 102 $\frac{1}{2}$  G.

dito X. Em. 4 137 G.

dito XI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XIV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XVI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XVII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XVIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XVIX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXIV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXVI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXVII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXVIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXIX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXIV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXVI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXVII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXVIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XXXIX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XL. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLIV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLV. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLVI. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLVII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLVIII. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLIX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLX. Em. 4 91 $\frac{1}{2}$  G.

dito XLXI. Em. 4